

Zürich

Unterschiede

Das Einkommen der selbstständigen Ärzteschaft ist viel höher als bisher angenommen, wobei Frauen immer noch weniger verdienen. **SEITE 21**



Unverständnis

UBS-Chef Sergio Ermotti hat die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank kritisiert und steht damit nicht alleine da. **SEITE 25**

Geburt ohne Ärzte fördern

KANTONS RAT Der Kantonsrat will die Geburt ohne Ärzte bekannter machen. Eine Mehrheit ist nicht zufrieden mit der Stellungnahme der Regierung zur Hebammengeleiteten Geburt und fordert einen Ergänzungsbericht.

Einig war sich der Kantonsrat gestern darin, dass die Hebammengeleitete Geburt Vorteile bietet für Mutter, Kind und Gesellschaft. Wenn eine Geburt problemlos verläuft, liegt dabei die gesamte Verantwortung in den Händen der Hebamme. Obwohl die Geburt im Spital stattfinden kann, sind keine Ärzte zugegen – ausser es kommt zu Komplikationen. Die Nachfrage nach diesem Modell ist noch klein. Erst die Geburtshäuser und zwei Spitäler im Kanton Zürich bieten die Hebammengeleitete Geburt an. Dies will der Kantonsrat ändern. Daher hat er 2016 ein Postulat unterstützt, das den Regierungsrat verpflichtet, Möglichkeiten aufzuzeigen, das Modell zu fördern und bekannter zu machen.

Mit dem darauffolgenden Bericht der Regierung sind aber nicht nur die Unterzeichner des Postulats – Monika Wicki (SP, Zürich), Markus Schaaf (EVP, Zell) und Judith Stofer (AL, Zürich) – unzufrieden: «Das Postulat hat alle politischen Hürden gemeistert, nur beim Regierungsrat ist es aufgelaufen», sagte Judith Stofer. Mit 133 zu 41 Stimmen entschied auch der Rat gestern, vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht zur Hebammengeleiteten Geburt zu fordern.

Nur die GLP und die FDP hielten die Möglichkeiten des Regierungsrats für erschöpft. FDP-Sprecherin Astrid Furrer (Wädenswil) warf den Unterstützern des Vorstosses ein fragwürdiges Frauenbild vor: «Sie halten die Frauen für unaufgeklärte

Dummchen, die über ihre Möglichkeiten nicht Bescheid wissen.» Wer wolle, finde Informationen zur Hebammengeleiteten Geburt. Bei den werdenden Müttern sei offenbar kein Bedürfnis danach vorhanden. Entsprechend dürfe den Spitalern nichts aufgezwungen werden.

«Postulat missbraucht»

Dem entgegnete Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): «Was nicht angeboten wird, wird im Gesundheitswesen auch nicht nachgefragt. Das hat nichts mit Nichtemanzipation zu tun.» Monika Wicki störte, dass der Bericht des Regierungsrats auf halbem Weg stehen geblieben sei. Die Befragung von Spitalern, auf die sich der Bericht stützt, sei unwissenschaftlich durchgeführt worden. Es sei die Rede von einer geringen Nachfrage, aber 12 von 16 Spitäler sähen positive Seiten der Hebammengeleiteten Geburt und hätten Inputs eingebracht, wie diese zu

fördern sei. Diese seien aber nicht aufgenommen worden. Es werde nicht aufgezeigt, wie das neue Modell gefördert und bekannter gemacht werden könne. Vielmehr habe der Regierungsrat das Postu-

«Was nicht angeboten wird, wird auch nicht nachgefragt.»

Lorenz Schmid, CVP, Männedorf

lat dazu missbraucht, den Handlungsspielraum der Geburtshäuser einschränken zu wollen.

Dies kritisierte auch Ruth Frei (SVP, Wald). Statt den Hebammen zu klaren Zuständigkeiten zu verhelfen, habe der Regierungsrat die Hebammen gemassregelt.

Der Regierungsrat muss nun in den nächsten sechs Monaten die Ergebnisse einer bikantonalen Arbeitsgruppe mit dem Kanton Bern abwarten und diese im Ergänzungsbericht darlegen

Wenig begeistert von diesem Auftrag war Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP). Es sei nicht die Aufgabe der Regierung, genügend aufgeklärten werdenden Eltern Behandlungsformen vorzuschreiben. Dass die Geburtshäuser so stark thematisiert werden, liege an der Arbeitsgruppe, die sich im ersten Schritt darüber beraten habe. Deren Arbeit sei aber noch lange nicht beendet. Auch die Regierung habe das Thema mit ihrem Bericht nicht abschliessen wollen. Vielmehr werde es in die Spitalplanung 2022 einfließen. So solle etwa dafür gesorgt werden, dass die Abrechnung eines Arzteinsatzes bei einer Hebammengeleiteten Geburt nicht so aufwendig werde wie heute. *Katrin Oller*

Bittere Pille für Heiniger

KANTONS RAT Zum dritten Mal lehnt der Kantonsrat die von Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) gewünschte Gesundheitsstudie «HoPP Zürich» ab.

Es ist eine lange und für Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) unerfreuliche Geschichte: 20 Millionen Franken wollte er ursprünglich aus dem Lotteriefonds entnehmen für eine gross angelegte Studie zum Gesundheitsverhalten der Zürcher Bevölkerung. 20 000 Zürcherinnen und Zürcher sollten 25 Jahre lang beobachtet werden.

Dann hat der Kantonsrat im Sommer 2017 aber der Langzeitstudie «Health of Population Project Zurich» (HoPP) die Finanzierung verweigert. Ein Forschungsprojekt könne nicht über den Lotteriefonds finanziert werden, sondern müsse über das ordentliche Staatsbudget laufen, wurde argumentiert. Ein halbes Jahr später versuchte es Heiniger wieder, und zwar mit einem Kreditantrag. Das Parlament lehnte diese Idee aber im Rahmen der Budgetdebatte aus Spargründen ab.

Erfolgreicher Kompromiss

Gestern nun musste der Gesundheitsdirektor eine weitere Schlappe hinnehmen. Das Parlament sprach sich mit 95 zu 74 Stimmen gegen den Objektkredit für die Langzeitstudie aus. Neben der eigenen Partei, der FDP, unterstützen nur SP und GLP Heiniger. Die drei Parteien hatten einen Kompromiss vorgeschlagen: Der Kredit von 20 Millionen Franken hätte je zur Hälfte zulasten der Leistungsgruppen «Prävention und Gesundheitsförderung» und «Somatische Akutversorgung und Rehabilitation» gehen sollen.

Heiniger sagte: «Wir könnten damit die notwendigen Grundlagen für die zukünftige Gesundheitsversorgung erbringen.» Die Gegner bemängelten vor allem die kantonale Ausrichtung. «Kantonsübergreifende oder nationale Daten liefern viel präzisere Ergebnisse», sagte etwa Ruth Frei (SVP, Wald). Aber auch die Art der Finanzierung wurde erneut kritisiert. Das Geld müsse von der Universität oder vom Nationalfonds kommen, hiess es etwa vonseiten der CVP. Der Kanton sei schon lange im Sparmodus, da liege so etwas nicht drin, betonte auch die AL. *sda*

Nachbessern beim ärztlichen Notfalldienst

KANTONS RAT Der zentrale Telefon-Notfalldienst soll öffentlich ausgeschrieben werden, fordert die GLP und stösst damit im Kantonsrat auf breite Unterstützung.

Seit Jahresbeginn verfügt der Kanton Zürich über einen zentralen ärztlichen Telefon-Notfalldienst. Er war von Anfang an umstritten. Für Kritik sorgte vor allem, dass die Gesundheitsdirektion von Thomas Heiniger (FDP) den Auftrag ohne öffentliche Ausschreibung an die AGZ Support AG, eine Tochtergesellschaft der Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich (AGZ), vergab. Zugleich verteuerte sich der zuvor von regionalen Anbietern erbrachte Service für viele Gemeinden.

Gestern behandelte der Rat drei Nachbesserungsvorschläge der GLP. Daniel Häuptli (GLP, Zürich) forderte, die Notfalldienst-Triagestelle müsse bis spätestens 2023 öffentlich ausgeschrieben werden. Und: Es dürfe für die Gemeinden kein Vertragszwang bestehen. Heiniger habe das Gesetz missachtet, indem er keine Ausschreibung durchführte. Es gehe um einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern.

«Monopolartige Zustände»

Das zog bei fast allen Parteien. Namens der SVP sprach sich Benjamin Fischer (Volketswil) für die vorläufige Unterstützung der GLP-Vorstösse aus. Rita Maria Marty (EDU, Volketswil) betonte, dass die bisherigen Zahlungen für die Triagestelle ohne Rechtsgrundlage erfolgt seien. Es geht um Ausgaben von 7,3 Millionen Franken pro Jahr. Es gebe viele Firmen, welche die Dienstleistung weitaus günstiger erbringen könnten, so die EDU-Kantonsrätin.

Auch der Freisinn sprach sich dafür aus, nochmals über die Bücher zu gehen. Astrid Furrer (FDP, Wädenswil) hielt aber fest: «Ein einheitlicher Notfalldienst ist ein Mehrwert für die Bevöl-

kerung.» Der Beschluss vor einem Jahr sei jedoch unter grossem Zeitdruck gefallen. «Das Geschäft ist im letzten Dezember regelrecht durchgepeitscht worden», doppelte Kathy Steiner (Grüne, Zürich) nach. Die Grünen hatten sich damals noch für den raschen Start ausgesprochen. Nun hätten Medienberichte aber gezeigt, dass die AGZ dazu gar nicht parat war. Daher sprachen sich jetzt auch die Grünen für die GLP-Vorstösse aus. Die AL tat es ihnen gleich. Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) verwies auf personelle Verflechtungen zwischen der Triagestelle und der SOS-Ärzte, die Notfalleinsätze ausführen. Er sprach von «monopolartigen Zuständen».

«Ein Riesending»

Anders argumentierte die SP. «Wir sind nicht für ein hektisches Handeln», begründete Thomas Marthaler (SP, Zürich) das Nein der Sozialdemokraten zu den drei GLP-Vorstössen. Unterstützung erhielt er dabei lediglich von der CVP. Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) betonte, die Notfalldienst-Organisation sei «ein Riesending». Sie müsse aus einem Guss gemacht werden. Im Anschluss an die Debatte äusserte jedoch auch er Vorbehalte gegenüber der Verflechtung der AGZ-Triagestelle mit der Firma SOS Ärzte Turicum.

Ein Hauptakteur verfolgte die Debatte zunächst schweigend, bisweilen kopfschüttelnd: Josef Widler (CVP, Zürich), Präsident der AGZ. «Der Notfalldienst funktioniert», hielt er am Schluss in einer persönlichen Erklärung fest. Regierungsrat Heiniger blieb der Kantonsratsitzung fern.

Mit 105 Stimmen von SVP, FDP, EDU, BDP, GLP, Grünen und AL beschloss die Ratsmehrheit, die parlamentarische Initiative für eine öffentliche Ausschreibung vorläufig zu unterstützen. 99 Stimmen erhielt der Vorstoss, der es den Gemeinden ermöglichen soll, andere Notfalldienst-Anbieter zu wählen. Eine Limi-



Die Telefonnummer 0800 33 66 55 ist Anlaufstelle für Patienten in nicht lebensbedrohlichen Notfällen. Foto: Keystone

tierung des Gemeindebeitrags auf 2 Franken pro Einwohner unterstützten 97 Mitglieder des 180-köpfigen Kantonsrats vorläufig. Die drei Vorstösse gehen nun an eine Kantonsratskommission.

Der Notfalldienst mit der Telefonnummer 0800 33 66 55 war

lanciert worden, um eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, an die sich Patienten in nicht lebensbedrohlichen Notfällen rund um die Uhr wenden können. Zum einen sollen dadurch die Spitäler von Bagatellfällen entlastet werden. Es wird aber auch dem Um-

stand Rechnung getragen, dass immer weniger Hausärzte rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr einen Notfalldienst anbieten können. Daneben existiert für schwere Notfälle weiterhin der Rettungsdienst mit der Telefonnummer 144. *Matthias Scharrer*

Falsche Adresse für Jokertage

KANTONS RAT Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative nicht unterstützt, die zwei Jokertage an den Berufsschulen forderte. Das sind Tage, an denen unentschuldig freigenommen werden darf. Wenn an der Volksschule, an den Mittelschulen und offenbar sogar in der RS Jokertage gewährt würden, dann sei es nur gerecht, wenn sie auch Berufsschülern zustünden, so hatte der Initiant angeführt. Im Rat wurde aber darauf verwiesen, dass der Bund zuständig sei. Dort sei schon ein entsprechender Vorstoss hängig. *sda*